



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Und in leisem Vorwurf fragte eine Frau: Habt ihr's gewußt, Reb Sinai, daß sie so steil sind?

Ich hab es nicht gewußt, erklärte er, aber wir werden einen Weg hindurch finden. Mit den Kindern? Und mit der Blinden?

Süßele saß auf einem wackelnden Felsblock und bat erschrocken: Sagt mir, was ihr seht!

Berge — nichts als Berge — einer neben dem andern — einer hinter dem andern — einer immer schärfer als der andre. Alles Stein — nichts als Stein. Keine Bäume da droben und nichts von Grün. Schnee hier und da — es ist eine Wüste, und man kann sich nicht darauf halten.

Wir werden hindurchkommen, versetzte sie fest. Uns wird es kein Unglück bringen, aber es ist ein Unglück für dieses Land; wovon soll es essen?

Wir werden essen auch in den hohen Bergen, sagte Tulpenblüt ermutigend. Wir könnten, wenn wir wollten, jetzt! Aber wir wollen nicht eher, als bis wir oben auf dem Paß sind, jetzt werden wir nur den Kindern ein wenig geben. Ist einer, der eppes dawider hat?

Niemand erhob Einspruch, man hielt wohl noch aus bis zu der Höhe. Die Kleinen erhielten einige Bissen und tranken dazu Wasser.

In Fellen war etwas zu machen — und in Talg, und Toffele Hirsch und sein Sohn sind beide tot! Mandels Vater, der alte Lemberger, saß mürrisch brütend am Boden und dachte laut. Als Sinai ihm strafend winkte, schwieg er.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 7. Juni 1909

(Der Besuch des Kaisers beim Zaren. Die Gegnerschaft gegen die Zusammenkunft. Austausch von Besuchen zwischen Engländern und Deutschen. Die Lage der Reichsfinanzreform. Theodor Barth †.)

Der Kaiser von Rußland hat in einer sehr herzlich gefaßten Einladung an Kaiser Wilhelm den Wunsch ausgesprochen, ihn bei Gelegenheit seines bevorstehenden Aufenthalts in den finnischen Schären zu begrüßen, und Kaiser Wilhelm hat unter diesen Umständen nicht umhin gekonnt, dem so herzlich ausgesprochenen und politisch bedeutsamen Wunsch eine Zusage folgen zu lassen, obwohl dies eine nicht ganz bequeme Änderung in den längst getroffenen Reisebestimmungen des Kaisers mit sich bringen mußte. Die Aussicht auf diese Begegnung ruft, wie zu erwarten war, mancherlei Erörterungen der europäischen Lage hervor. Von solchen Betrachtungen war es in der letzten Zeit in der europäischen Presse einigermaßen still geworden, da nach den starken Spannungen im Frühjahr ein gewisses Ruhebedürfnis eingetreten war. Aber obgleich weniger davon gesprochen wurde, bestand doch die Vorstellung fort, daß die Ereignisse unter den Großmächten zwei Heerlager geschaffen hatten, daß für die Lage nach wie vor die Lösung bestimmend war: die Dreieund — die Triple-Entente! Wobei natürlich auf der einen Seite der Wunsch und die Hoffnung nicht fehlte, Italien noch auf die Seite der Triple-Entente hinüberzuziehen. Daß dieser Gegensatz der beiden Mächtegruppen kriegerische Verwicklungen herbeiführen könne, daran glaubten die

ruhig urteilenden Politiker zunächst nicht; dazu war doch der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens, solange es mit Ehren geschehen konnte, auf allen Seiten zu groß. Aber für den Rückhalt, den man für alle Fälle suchte und brauchte, wenn es besondere Interessen zu verteidigen galt, war den meisten Mächten eine solche Scheidung in bestimmte Gruppen bequem. So hat sich auch Rußland die Lage in dem Sinne zunutze gemacht, daß es, sobald zu seinem alten Bündnis mit Frankreich die neue Entente cordiale zwischen Frankreich und England als feststehender politischer Faktor hinzugefügt worden war, auch mit England direkt Verständigung suchte; Rußland hatte kein Interesse daran, sich in einer Periode seiner Entwicklung, in der die schweren Folgen von Krieg und Revolution zu überwinden waren, Erschwerungen seiner asiatischen Politik zu schaffen und noch immer einen Gegensatz aufrecht zu erhalten, dessen letzte Konsequenzen es in absehbarer Zeit nicht ziehen konnte und wollte. Wenn aber der englisch-russische Gegensatz in Asien beseitigt oder zurückgestellt wurde, so war der Anschluß Rußlands an die Entente der Westmächte auch für seine europäischen Interessen insofern der beste Weg, als sich auf diese Weise am leichtesten etwa drohende Konflikte ausgleichen ließen. Und Rußland bedurfte der Ruhe und Sammlung seiner Kräfte. Wenn die nähern Beziehungen zu England auch auf wirtschaftlichem Gebiete für Rußland nutzbar gemacht wurden, so nahm man das vom russischen Standpunkt um so lieber hin, als den Bestrebungen des deutschen Kapitals dadurch eine stärkere Konkurrenz geschaffen werden konnte.

Die Erfahrungen während der letzten Orientkrise scheinen der russischen Politik aber doch den Blick für die Grenzen dieser Ententepolitik geschärft zu haben. Der Anschluß an die Westmächte soll den russischen Interessen dienen, aber keineswegs einen Gegensatz zwischen Rußland und den Dreibundmächten — besonders Deutschland — auch da aufrichten, wo keine aus diesen russischen Interessen abzuleitende Notwendigkeit dazu vorliegt. Vielleicht ist dies der Grund, weshalb Kaiser Nikolaus den Augenblick für gekommen gehalten hat, wo es notwendig war, diese Grenze der Ententepolitik vor der Welt kundzumachen. Er konnte dies um so eher tun, als er von dem guten Willen Deutschlands, mit Rußland auf gutem Fuße und in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen, überzeugt sein durfte. Es ist also keine Änderung der politischen Richtung, keine Schwenkung in der Politik Rußlands, keine Neugruppierung der Mächte zu erwarten. Die persönliche Begegnung und Aussprache zwischen den beiden Herrschern kann nur die Bedeutung haben, daß der Monarch, der sie gewünscht und herbeigeführt hat, damit ausdrücken wollte, daß er sich durch seine Stellung an der Seite Englands und Frankreichs in der europäischen Politik nicht weiter drängen lassen will, als es das Interesse seines eignen Landes gebietet.

Das scheint durchaus selbstverständlich zu sein, und bisher hat es wohl auch jeder verständige Deutsche für ganz selbstverständlich gehalten. Indessen sind wir doch gerade nach dem Bekanntwerden der bevorstehenden Kaiserbegegnung über diesen Punkt eines bessern belehrt worden. Wir verdanken diese Belehrung der Offenherzigkeit der englischen Tingspresse. Besonders hat der Standard seinem Ärger über den ihm unerwarteten Schritt des Zaren in einer Form Ausdruck gegeben, die in Erstaunen setzen muß, nicht wegen des Hasses, den die Auslassung gegen Deutschland atmet — denn das gehört beim Standard zum Geschäft —, sondern wegen des gar zu auffallenden Mangels an politischer Klugheit überhaupt. Er verrät damit nur, daß es in England Leute gibt, die auf politische Beachtung Anspruch erheben und doch dabei die kindliche Erwartung hegen, Rußland werde sich durch seine Zugehörigkeit zur Triple-Entente dazu bewegen lassen, englischen Wünschen und Interessen auch da zum Vorspann zu dienen, wo es seinem eignen

Nutzen entgegengesetzt ist. Man sieht daraus, daß sich die volkstümliche Anschauung der Engländer noch immer in Bahnen bewegt, wie sie sich wohl in vergangenen Zeiten bewährt haben. Damals war es ein aller Welt geläufiger Grundzug der englischen Politik, die Kontinentalmächte gegeneinander zu heizen und sich durch eine von ihnen die gerade gewünschten Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Heute ist diese Politik freilich nicht mehr ganz durchführbar, und die verantwortlichen Politiker Großbritanniens haben längst gelernt, ihre Mittel vorsichtiger und zeitgemäßer zu wählen, aber ein Teil der öffentlichen Meinung Englands schwimmt doch noch im alten Fahrwasser und verrät — wie das Beispiel des Standard zeigt — durch die Dummheit, zu der sie der Haß fortreißt, was die Klugheit der gescheiten Leute wenigstens zu verbergen trachtete.

Eine andre Wegnerschaft gegen den Schritt des Kaisers Nikolaus erhebt sich in Rußland selbst. Bei der Nachricht von der geplanten Begegnung zeigt sich die russische Presse zum großen Teil kühl, sogar unfreundlich, ja hier und da direkt gehässig. Das deutsche Urteil kann dadurch kaum berührt werden, denn kein einigermassen Kundiger hat etwas andres erwartet. Wir wissen ganz genau, daß die russische Politik, wenn sie nach den Stimmungen und Empfindungen der tonangebenden Kreise der russischen Gesellschaft gemacht würde, alles andre eher als deutschfreundlich sein würde. Zunächst aber haben wir es mit den verantwortlichen Leitern der russischen Politik zu tun, und wenn diese den Wunsch zu erkennen geben, uns über feindliche Strömungen und nationale Empfindlichkeiten hinweg die Hand zu reichen, nicht um uns einen Liebesbeweis zu geben, sondern um das reale Interesse ihres eignen Landes zu wahren, so können wir ihnen die Auseinandersetzung mit den Wünschen und Stimmungen ihres Volkes um so eher überlassen, als wir ja zur Genüge Bescheid wissen, wie es gemeint ist. Niemand erwartet bei uns eine Änderung der auswärtigen Politik Rußlands im Sinne einer stärkern Annäherung an Deutschland, vielmehr nur eine Korrektur der besondern Wirkungen der bisherigen Politik, die in einer ungewollten Weise die Selbständigkeit und das reale Interesse Rußlands beeinträchtigten. Diese Korrektur aber entspricht zugleich unsern eignen Interessen, die uns darauf hinweisen, mit unserm östlichen Nachbarn in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben. Deshalb werden wir die von dieser Seite dargebotne Hand nicht zurückweisen.

In England ist übrigens der bekannnten Flottenpanik allmählich doch eine Ernüchterung gefolgt, die sich darin kundgibt, daß auf die Ermahnung einiger Stimmen von Gewicht das Bewußtsein der Lächerlichkeit dieser ganzen Stimmung endlich zum Durchbruch gekommen ist. Was zurückbleibt ist freilich noch immer eine genügende Portion Mißtrauen und Übelwollen gegen uns. Es ist verständig, daß trotzdem die Versuche, geeignete Kreise der beiden Nationen einander näherzubringen, wieder aufgenommen worden sind. Kürzlich sind Berliner Gemeindevertreter in London gewesen, jetzt sind englische Parlamentarier von der Arbeiterpartei in Berlin, und demnächst werden englische Geistliche Deutschland besuchen. Bei allen diesen Gelegenheiten wird in der Presse gern die Frage erörtert, ob man sich überhaupt von solchen Besuchen irgendeinen Nutzen versprechen darf. Skeptiker verweisen darauf, daß die Wirkung derartiger Veranstaltungen vor drei und zwei Jahren sehr bald wieder verloren gegangen sei, wenn sie überhaupt vorhanden war. Das ist ein Urteil, das vielleicht denen gegenüber am Platze ist, die mit ein paar Tischreden von einer Hand voll Bürgermeistern, Journalisten, Parlamentariern, Geistlichen, Arbeitern, und was sonst daran teilnehmen mag, wirklich den Weltfrieden zu sichern glauben. Es ist aber darauf zu erwidern, daß die Nichterfüllung unberechtigter Erwartungen noch nichts gegen eine Sache beweist. Gewiß kann die Wirkung solcher Veranstaltungen weder ewig vorhalten noch

überallhin bringen. Es sind kleine Samenkörner, die da ausgestreut werden, die aber im Sinne einer richtigen Erkenntnis sehr wohl ihre Früchte bringen. Der Durchschnitt der Menschen unterschätzt eben gewöhnlich die erstaunliche Unkenntnis, die den Völkern in bezug auf ihre Besonderheit gegenseitig eigen ist. Wir Deutschen tun uns zwar gern etwas darauf zugute, daß wir in der Fremde gut Bescheid wissen. Geht man der Sache auf den Grund und prüft, was der Durchschnittsdeutsche von England weiß, so ist es herzlich wenig. Es ist aber immer noch viel im Vergleich zu dem, was selbst der leidlich gebildete Engländer von Deutschland weiß. Wenn eine fortgesetzte Arbeit an der Beseitigung dieses Übelstandes auch jedesmal nur in kleinen Etappen Boden gewinnt, so ist damit immerhin ein nützliches und patriotisches Werk getan, das freilich nicht den Gang der Geschichte der beiden Völker plötzlich aus der Richtung werfen und ihre Gefühle nicht umkrepeln kann, das aber doch viel Schaden abwenden und in mancher durch Mißverständnisse und überflüssige Erregungen gespannten Lage auf einige Zeit auch wirkliche Beruhigung schaffen kann. Manche glauben allerdings, daß die Gäste in solchen Fällen geneigt sind, sich gegenüber ihren freundlichen Wirten etwas zu vergeben, Höflichkeiten für wirkliche Freundschaft zu halten, die Erregung eines Verbrüderungsfestes für eine Änderung der Gesinnung zu nehmen. Daraus entstehe mehr Schaden für das nationale Selbstbewußtsein, mehr Selbsttäuschung über den Erfolg als Gewinn an Erkenntnis und Vorteil für die eigne Nation. Man wird aber bei näherer Überlegung erkennen, daß daraus nur folgt, daß die Veranstaltungen möglichst gegenseitig sein müssen. Leute, die derartiges mitgemacht haben, werden genug Beispiele liefern können, daß die befürchteten Fehler immer auf beiden Seiten gemacht werden. Sie gleichen sich aus; was aber einer vom andern an nützlicher Erkenntnis gewinnt, bleibt bestehen.

In der innern Politik unsers Reichs ist die Lage im wesentlichen noch so, wie wir sie vor acht Tagen geschildert haben, denn inzwischen hatte ja auch die Finanzkommission des Reichstags ihre Arbeiten über das Pfingstfest vertagt. Es könnte freilich so aussehen, als ob doch eine Veränderung in der Stellungnahme der Regierung eingetreten sei, weil nämlich das, was wir leztlich als Auffassung und Absicht des Fürsten Bülow bezeichnet haben, jetzt endlich auch in der Tagespresse erörtert, und soweit das den Parteien in den Kram paßt, als Tatsache behandelt wird. Der Kanzler hatte es bekanntlich für seine Aufgabe gehalten, sich bei der außerordentlichen Schwierigkeit der Lage nicht ohne Not oder vor der Zeit in eine Stellung drängen zu lassen, die es seinen Gegnern ermöglichte, die Schuld von sich abzuwälzen, wenn nichts Brauchbares zustande kam. Dazu gehörte für den Reichskanzler die Wahrung der äußersten parlamentarischen Korrektheit. Diese Rücksicht forderte vor allem, daß die Regierung die Ergebnisse der Kommissionsarbeit nicht zur Unterlage offizieller, entscheidender Beschlüsse machte. Denn die Kommissionen arbeiten zwar unter der Mitwirkung von Regierungsvertretern, aber sie sind nur dem Reichstag verantwortlich und können unmöglich von den verbündeten Regierungen als maßgebend für die Meinung des Reichstags angesehen werden. Fürst Bülow hat in der Festhaltung dieses Grundsatzes allerdings insofern keine unnötige Pedanterie gezeigt, als er eine sich ihm bietende Gelegenheit benutzte, um in einer öffentlichen Erklärung die Vorschläge aus dem ursprünglichen Finanzreformprogramm der verbündeten Regierungen, die sich inzwischen als offenbar aussichtslos gezeigt hatten, zu bezeichnen und die Absicht, sie fallen zu lassen, anzukündigen. Aber eine direkte Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen in der Weise, daß darin ihre Anerkennung als Meinung der Volksvertretung enthalten wäre, hat Fürst Bülow absichtlich und grundsätzlich abgelehnt und sich darauf beschränkt, seine Anteilnahme an der — natürlich von

ihm auf das genaueste verfolgten — Arbeit durch Besprechungen und Verhandlungen mit den Parteien außerhalb der eigentlichen amtlichen Tätigkeit zu bekunden. Dabei hat er den Übelstand in den Kauf nehmen müssen, daß die mit den Gründen dieses Verhaltens und mit den parlamentarischen Formen weniger vertrauten Kreise die vermeintliche Untätigkeit des Reichskanzlers gegenüber dem tollen Treiben der Kommission nicht begriffen und infolgedessen geneigt waren, auf alle Gerüchte hineinzufallen, die über die politischen Absichten des Kanzlers von angeblich eingeweihten Personen verbreitet wurden. Diesen Vorteil haben sich die Parteien, die damit irgendeine ihrer eignen Sünden oder irgendeinen besondern Plan decken konnten, nicht entgehen lassen. Die Liberalen besprachen mit Bitterkeit, Zentrum und Konservative mit Triumph die angebliche Tatsache, daß die Finanzreform nach den Wünschen der Kommissionmehrheit zustandekommen werde, daß also die verbündeten Regierungen und Fürst Bülow zu dem Werk der Kommission Ja und Amen sagen müssen.

Inzwischen ist die Enttäuschung erfolgt. Die verbündeten Regierungen verwarfen die im Antrag Nichthofen enthaltne Kotierungssteuer, sie nehmen die Mühlenumsatzsteuer nicht an, sie halten fest an der Erbanfallsteuer. Alle Nachrichten von der Hinnahme des Reichskanzlers zu einem neuen Kurse mit Konservativen und Zentrum haben sich als eitles Gerede erwiesen. Fürst Bülow hat die ihm zugeschriebne Haltung in Wahrheit niemals eingenommen, und nur einige Blätter, die um keinen Preis eingestehen wollen, daß sie sich getrrt haben oder falsch unterrichtet gewesen sind, kleiden die nun nicht mehr zu verheimlichende Wahrheit in die Form, daß eine „neue Wendung“ eingetreten sei. Damit reißen sie sich selbst aus der Verlegenheit und finden überdies die erwünschte Möglichkeit, über den beständigen „Zickzackkurs“ zu schimpfen. Es geniert sie natürlich nicht, daß dieses „Zickzack“ nicht vom Fürsten Bülow, sondern von ihrer eignen phantasiervollen Berichterstattung beschrieben worden ist.

Die nächste Woche wird nun voraussichtlich mit dem Wiederzusammentritt des Reichstags auch die erwünschte Klärung bringen. Fürst Bülow will alsbald im Reichstag — wohl am 17. — das Wort ergreifen; er ist zu diesem Zweck auch von der anfangs gehegten Absicht zurückgetreten, den Kaiser zu der Begegnung mit dem Zaren zu begleiten. Zwar wäre ihm eine persönliche Aussprache mit dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin wohl erwünscht gewesen, aber die Finanzreform ist das dringendere Gebot. Auf die Aussprache vor dem Plenum des Reichstages mußte der Reichskanzler das größere Gewicht legen.

Wir müssen hier noch des unerwarteten Ablebens des bekannten liberalen Politikers Dr. Theodor Barth gedenken, der kurz vor Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres vom politischen Kampfplatz abberufen worden ist. In ihm hat die demokratische Vereinigung ihren bedeutendsten und achtungswertesten Vertreter verloren, einen Mann, dem auch der Gegner zugestehen muß, daß er innerhalb der von ihm vertretenen Welt- und Staatsanschauung, die allerdings nicht die unsre gewesen ist, stets einen hervorragenden Platz eingenommen und verdient hat. Nicht eigentlich ein Fanatiker, obgleich mitunter daran streifend, wohl aber ein Draufgänger und Kampfsahn; kein gewöhnlicher Querkopf, wohl aber ein stets unbequemer Genosse in der absoluten Rücksichtslosigkeit seines unbekümmerten, radikalen Individualismus; persönlich ein ungemein liebenswürdiger, geistvoller Mensch, in der politischen Arena eigenwillig und unbelehrbar; fähig, in der von ihm vertretenen Sache unter den Ersten zu stehen, und dabei doch geradezu prädestiniert, die Partei, der er sich angeschlossen, zu ruinieren und zu sprengen — so war er ein Mann, der in der politischen Feldschlacht stets als Vorkämpfer anerkannt wurde und doch im Grunde immer ein General ohne Soldaten war. Das Ausscheiden der demokratischen

Bereinigung aus den Reihen des „Liberalen Wahlvereins“ — der Freisinnigen Vereinigung — war sein Werk, das Zusammengehn der bürgerlichen und der sozialen Demokratie seine Lieblingsidee. Mit beiden hat er wenig Erfolg gehabt — wir fügen hinzu: glücklicherweise! — aber er gehörte allen Schwächen zum Trotz zu den persönlich bedeutendsten unter den zeitgenössischen Parlamentariern. Dem Reichstag hat er ja freilich zuletzt nicht mehr angehört. Es war auch bezeichnend für ihn, daß er gar nicht darauf bedacht war, sich unter allen Umständen ein Mandat zu retten; er stellte sich im Gegenteil immer auf die exponierten Posten bei der Wahl, und so unterlag er zuletzt, als ihm die wachsende Mißstimmung der liberalen Wählerschaft über die unfruchtbare Verneinung und die terroristische Wirtschaft der Sozialdemokraten die letzte Planke unter den Füßen wegzog. Der Tod dieses demokratischen Führers ist für die kleine Schar, die sich um ihn sammelte, jedenfalls ein unersehlicher Verlust; er kann für diese Organisation überhaupt verhängnisvoll werden.

Die Brotversorgung im Kriegsfalle. Ein Beitrag zur Mühlenumsatzsteuerfrage

Die Ernährung eines großen Landes im Kriegsfalle ist eine der wichtigsten strategischen Fragen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die stets mit einer Kriegsmöglichkeit rechnenden Engländer vor einer Reihe von Jahren plötzlich von der Besorgnis ergriffen wurden, daß die Brotversorgung des britischen Volkes im Falle eines Krieges mit einer größern Seemacht gefährdet sein könnte. Diese Besorgnis wurde damit begründet, daß Großbritannien bei der zugunsten der Viehzucht stark abnehmenden heimischen Getreideproduktion für seine Getreideversorgung allmählich überwiegend auf den Bezug von Getreide aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und Rußland angewiesen sei. Falls das britische Inselreich von einer starken Seemacht zerniert wäre, könnte daher leicht ein Mangel an Brotgetreide und in weiterer Folge eine Hungersnot in Großbritannien ausbrechen. Eine zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Kommission hat nach langen Beratungen die möglichste Steigerung der inländischen Getreideproduktion angeregt, zugleich aber die vorläufige Ansicht ausgesprochen, daß es der starken britischen Seemacht wohl gelingen würde, es zu verhindern, daß Großbritannien völlig von der überseeischen Getreidezufuhr abgeschnitten würde. Die Besorgnis des britischen Volkes über diese Gefahr hat inzwischen wesentlich nachgelassen.

Etwas rätselhafter dürfte es aber erscheinen, wenn eine ähnliche, allerdings aus ganz andern Motiven entsprungne Besorgnis in Deutschland und obendrein auch im deutschen Reichstage laut wird. Diese angeblich sehr begründete Besorgnis wird im Zusammenhange mit einer ursprünglich rein wirtschaftlichen Streitfrage, die aber durch den Beschluß der Finanzkommission vom 29. v. M. in das Finanzgesetz hineinvotiert wurde, geäußert im Zusammenhange mit der staffelförmigen Mühlenumsatzsteuer. Als angeblich für das Staatswohl maßgebend wird nämlich angeführt, daß die Großmühlen an den Wasserstraßen in absehbarer Zeit sämtliche Klein- und Mittelmühlen im Binnenlande (wir haben heute noch etwa 46000 Mühlenbetriebe) aufgesogen haben würden und dann, da sie ihrer Lage nach auf den Bezug von Auslandsgetreide angewiesen, aber feindlichen Angriffen zuerzucht ausgesetzt wären und die Häfen und Grenzen im Kriegsfalle blockiert werden könnten, nicht in der Lage wären, das erforderliche Auslandsgetreide zu beziehen. Die Folge wäre die Unmöglichkeit der Brotversorgung unsrer Bevölkerung.

Bei wirtschaftlichen Streitfragen wird oft nach den weittragendsten, sensationellsten Gründen gesucht, um die zu verfechtende Sache recht eindrucksvoll zu gestalten. An Übertreibungen im Interessenkampf ist man daher so ziemlich gewöhnt. Es muß aber doch überaus bedenklich erscheinen, wenn sich die Verfechter einer Interessenfrage auf ein so heißes Gebiet begeben, wie es die Existenzmöglichkeit unsrer Bevölkerung im Kriegsfall ist. Auf der Kriegsmöglichkeit die kühnsten Kombinationen aufzubauen, lediglich um eine reine Interessenfrage in den Vordergrund des Interesses zu rücken, scheint doch ein etwas zu weitgehendes Spiel.

Diese eigentümliche Art der Interessenvertretung könnte vielleicht mit Umselzungen übergangen werden, wenn nicht drei Reichstagsabgeordnete in der Plenarsitzung vom 6. v. M. dieses Schlagwort der Interessenten vorgebracht hätten. Da die Gefahr besteht, daß dieses bedenkliche Schlagwort in weitem Kreise unbedingte Besorgnis erweckt, so dürfte es angebracht sein, dieses Argument auf seinen wahren Wert zurückzuführen.

Von den Großmühlen liegt eine einzige in einer Festung, die übrigen Betriebe direkt am Rhein oder an den Städten im oberrheinischen und niederrheinischen Industriegebiet, andre an der Weser, in Bremen, Hamburg, Altona, Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Posen, Königsberg und einige im Binnenlande. Die in den Hafensstädten gelegenen Mühlen liegen, wie diese selbst, meilenweit von der See entfernt.

Daß die Großmühlen bei dieser ganz verschiedenartigen Lage feindlichen Angriffen zuerst ausgesetzt sind, ist deshalb unzutreffend. Es würde dies nur richtig sein, wenn sie in der Hauptsache an den Landesgrenzen liegen würden, was jedoch nicht der Fall ist. Das Schlagwort basiert darum auf der etwas eigentümlich anmutenden Voraussetzung, daß ein feindliches Heer im Lande wäre. Da die Großmühlen ganz überwiegend in größeren offenen Städten liegen, eine Beschließung nicht befestigter und verteidigter Städte im allgemeinen aber als völkerrechtswidrig angesehen und deshalb vermieden wird, so würde die Gefahr des Zusammenschießens der Großmühlen schwerlich bestehen, um so mehr als sich die feindlichen Truppen nicht selbst einer Verproviantierungsmöglichkeit berauben würden. Ebenso wenig überzeugend ist die Behauptung, daß Deutschland von dem Bezuge des ausländischen Getreides vollständig abgeschnitten werden könnte durch Blockaden und Grenzabsperrungen. Deutschland ist von einer Reihe von Ländern umgrenzt, die teils im Kriegsfall neutral sein würden, teils seine Bundesgenossen wären. Wenn der Seeweg deshalb tatsächlich abgeschnitten wäre, und das könnte nur für Hamburg, Bremen, Stettin und Königsberg in Frage kommen (für letztere beiden Plätze wäre es bei guter Inlandserte ziemlich bedeutungslos, da im Osten infolge der dünnen Bevölkerung Getreideüberschuß ist), so würde für Nord-, Mittel- und Westdeutschland der Getreidebezug über Holland, Belgien (Antwerpen), die Schweiz (über Genua), Österreich-Ungarn und das dänische Festland übrig bleiben. Es wäre also angesichts der angrenzenden neutralen Staaten unmöglich, Deutschland völlig von der Getreidezufuhr vom Auslande abzuschneiden.

Im übrigen ist die Großmühle selbstverständlich auch in der Lage (was auch vielfach geschieht), reines Inlandsgetreide zu verarbeiten.

Daß die Binnenmühlen im Laufe der nächsten hundert Jahre verschwinden sollten, ist ausgeschlossen, da die im inländischen Getreideproduktionsgebiet gelegenen, technisch gut eingerichteten und richtig geleiteten Klein- und Mittelmühlen gut prosperieren und bei guter inländischer Ernte rentabler arbeiten als die Großmühlen an den Wasserstraßen, deren Hinterland keine größere Getreideproduktion hat.

Ganz anders gestaltet sich die Sache aber, wenn man die weitere Konsequenz aus dieser Frage zieht und die Eventualität der durch die Mühlenumsatzsteuer beabsichtigten Beseitigung der Großmühlen ins Auge faßt.

Es ist hinreichend bekannt, daß die ganz überwiegende Zahl der Mittel- und Kleinmühlen als Hauptbetriebskraft die Wasser- oder Windkraft hat, die Kleinmühlen zum größten Teil ohne motorische Hilfskraft, die Mittelmühlen (die nicht für die Windkraft, dagegen überwiegend für Wasserkraft in Frage kommen) zum Teil mit motorischer Hilfskraft. Es gibt jedoch eine ganze Anzahl größerer Mittelmühlen, die nur mit der bei gutem Wasserstande starken Wasserkraft arbeiten.

Längere Zeiten von Wind- oder Wassermangel wiederholen sich in jedem Jahre. Wenn in einem solchen Augenblick ein Krieg ausbräche, und die Mehlerverjorgung nach Ausschaltung der Großmühlen durch die Umsatzsteuer für eine Zeit von zwei bis drei Wochen ausschließlich auf die mit Dampfkraft (oder Motoren) arbeitenden Mittelmühlen beschränkt wäre, so würde in wenigen Tagen ein enormer Mangel an Mehl eintreten.

Des weitern ist aber zu berücksichtigen, daß die in dieser Frage im Reichstag von mehreren Abgeordneten betonte Kriegsbereitschaft, speziell die im modernen Kriege nötige schnelligste Verproviantierung und Expedierung unsers Heeres eine empfindliche Einbuße erlitte, wenn die zur Verproviantierung nötigen riesigen Quantitäten von Mehl erst aus Tausenden von kleinen und mittlern Mühlen, die im ganzen Lande verteilt sind, zusammengeholt werden müßten. Das Zusammenziehen dieser Mehlmengen auf den Eisenbahnen, die für die Truppentransporte benötigt werden, würde die Kriegsbereitschaft unsers Heeres empfindlich schädigen, während die Verjorgung aus den Großmühlen, die zumeist in den größern Städten liegen, infolge ihrer großen Getreide- und im Notfalle der vorhandenen Mehlvorräte innerhalb vierundzwanzig Stunden erfolgen könnte, und ohne daß deshalb zahllose Bahnverbindungen in Anspruch genommen werden müßten.

Die Großmühlen sind daher für unsre Kriegsbereitschaft von besonderm Wert. Ihre Lahmlegung könnte das Staatswohl wesentlich schädigen.

Koloniale Rundschau

Berlin, 8. Juni 1909

Zank und Streit auf der ganzen Linie ist leider nach wie vor die Signatur des Verhältnisses zwischen den Kolonten und der heimischen Kolonialverwaltung. In einigen Fällen richtet sich der Unwille unsrer kolonialen Landsleute allerdings auch mit Recht gegen ihr Gouvernement, während diese andererseits teilweise in ihrem Auftreten erheblich über das Ziel hinausschießen. Dagegen läßt aber auch der Rückhalt, den die Kolonialverwaltung den Gouverneuren angedeihen läßt, die nötige Parität vermiffen. Quod licet Jovi, non licet bovi denkt man wohl in Berlin und will den einfachen Gouverneur von Neuguinea, Dr. Sahl, über die Klinge springen lassen, während man den feudalen Zentrumschützling, Herrn von Rechenberg, in Ostafrika krampfhaft hält. Dabei hat Herr Dr. Sahl wohl wider seine eigne Überzeugung, nur das getan, was man in Berlin von ihm verlangte, während Herr von Rechenberg im Bewußtsein des politischen Rückhalts bei einer großen Partei in der Heimat der Kolonialverwaltung seine eigne Politik aufzwingt und sich nicht im geringsten darum schert, daß er die kolonialen Kreise in der Heimat und die weiße Bevölkerung in der Kolonie — im stillen auch seine eignen Beamten — gegen sich hat. Das Kolonialamt fühlt wohl selbst, daß es nicht mehr Herr im eignen Hause ist, daß es nicht mehr allzulange den Vorwurf eines ständigen Konflikts mit der kolonialen Bevölkerung auf sich lasten lassen

darf. Dem kolonialen Volkswillen soll ein Opfer gebracht werden. Man soll sehen, daß man auch einmal einen Gouverneur fallen zu lassen wagt, der sich mit seinen Ansiedlern nicht verträgt. Und dieses Opfer soll wohl der Gouverneur von Neuguinea sein, der seine mächtigen Freunde hinter sich hat. Kurz und gut, imponierend ist die recht durchsichtige Politik der Kolonialverwaltung gerade nicht. Lange kann es in dieser Richtung nicht mehr weitergehen.

In Ostafrika beginnen die Früchte der Rechenbergschen Politik zu reifen. Alle Augenblicke kommen kleinere oder größere Ausschreitungen Eingeborner vor. Und wenn erst die neue Arbeiterverordnung zu wirken beginnt, so können wir nette Dinge erleben — falls nicht inzwischen ein neuer Mann Ordnung schafft. Einstweilen sind die Schwarzen bei den Vorübungen. Neulich wurde zum Beispiel das Artilleriedepot in Daresalam geplündert und das Pulver fässerweise an Eingeborne verkauft. Ein tolleres Stück kann man sich kaum vorstellen — dazu noch in der Hauptstadt. Auf die weiteren Überraschungen kann man wirklich neugierig sein.

Helle Freude dürfte beim Gouverneur wohl die in letzter Zeit gewaltig gestiegene indische Einwanderung erregen. Infolge eines Frachtenkampfes zwischen den Schiffslinien wurde die Überfahrt aus Bombay auf wenige Mark ermäßigt, und in hellen Scharen strömen deshalb die Lieblinge des Herrn von Rechenberg in das Jnderparadies Deutsch-Ostafrika. Als ob wir dort noch nicht genug von dieser Sorte hätten.

Natürlich gilt unter Herrn von Rechenberg in Ostafrika: „Ultramontan ist Tru mpf!“ Er brauchte dies aber nicht gar zu offenherzig zu zeigen. Vor kurzem ist der Bezirksrat für Daresalam neu berufen worden. Der Gouverneur kann dazu ernennen, wen er will. So ist unter anderm der katholische Provikar Ruedel ernannt worden. Die Deutsch-ostafrikanische Zeitung hebt nun hervor, daß mit der Ernennung des katholischen Provikars Ruedel jener Brauch aufgegeben worden ist, der seinerzeit geschaffen worden ist, um die Parität zwischen evangelischer und katholischer Mission zu wahren. Es wäre jetzt ein Angehöriger der evangelischen Mission an der Reihe gewesen. Die evangelischen Gouverneure achteten ohne weiteres diesen Brauch, wahrten also die „Parität“; kaum ist ein katholischer Gouverneur am Ruder, da wird jener Brauch über Bord geworfen. Was kümmert einen Ultramontanen oder mindestens Freund der Ultramontanen auch die Parität!

Auch das Großkapital ist im Bezirksrat sehr reichlich vertreten, ist es doch wie der Gouverneur gut Freund mit den Jndern.

Das alles sind nur kleine Kostproben aus Ostafrika, es ließe sich noch mancherlei berichten, aber es hat schließlich keinen Wert. Denn es geht eben, solange es geht.

Auch in Südwestafrika herrscht Frach, weniger gegen den Gouverneur, der jedes Vertrauen verdient und tatsächlich auch genießt, als gegen die heimische Verwaltung. Soweit sich die Empörung gegen die Dernburgische Monopolisierung der Diamantenproduktion richtet, ist sie nicht ganz unberechtigt. Gewiß hatte die Kolonialverwaltung recht, als sie dem Fiskus seinen Anteil sicherte und dafür sorgte, daß die Diamantenverwertung in Rücksicht auf den unter südafrikanischem Einfluß stehenden Markt syndiziert wurde. Aber die Ausschließung der Bevölkerung von der Produktion zugunsten des Großkapitals hat mit Recht böses Blut gemacht, und es ist fraglich, ob sie aufrecht erhalten werden kann.

Was nun den Streit um die Selbstverwaltung anlangt, so kann man das energische Streben der Bevölkerung nach möglichst weitgehenden Rechten zwar verstehen und grundsätzlich unterstützen, aber man braucht deswegen den Spektakel

nicht gutzuheißen, den die Windhuker deswegen machen. Unangenehm berührt namentlich das Wüten gegen die eignen Mitkämpfer, die zufällig nicht mit allem einverstanden sind, sondern zum Frieden raten. Unangenehm berührt auch die übergroße Selbstgefälligkeit, mit der das Organ der Extremen, die Windhuker Nachrichten, die gewiß achtungswerten Leistungen der Südwestafrikaner anpreist. Das ist nicht nötig. An Anerkennung fehlt es unsern südwestafrikanischen Landsleuten in der Heimat wahrhaftig nicht, und diese würden ihre Sache besser fördern, wenn sie sich mit dem erreichten nicht unerheblichen Maß von Selbständigkeit zunächst bescheiden und zeigen würden, daß sie in der Praxis wirklich das Maß von politischer Reife haben, das man ihnen zutraut. Wenn sich die ihnen zugebilligte Beteiligung an der Verwaltung wirklich bewährt, so wird sich das Weitere wohl in absehbarer Zeit von selbst finden.

In Kamerun, das bis jetzt nur in geringem Umfange erschlossen ist und trotzdem von Jahr zu Jahr imposantere Handelsziffern aufweisen kann, soll die Erschließung in großzügigerer Weise in die Wege geleitet werden. Plantagen- und Eingebornenkulturen und die Waldnutzung sollen energisch gefördert werden. Auf das Wie werden wie ein andermal näher eingehen. Es war Gegenstand eingehender Beratung zwischen dem Gouverneur und den Kameruner Handels- und Pflanzungsinteressenten, die neulich in Hamburg zusammenkamen. Im Verlauf der dabei geflognen eingehenden Verhandlungen kam schließlich auch noch die Frage einer dritten Eisenbahn für Kamerun, und zwar von Kribi über Eholowa an den Dschafluß, zur Sprache. Der Gouverneur sicherte den an der Errichtung dieser Bahn speziell interessierten Südfirmen zu, dem Projekt nach wie vor größtes Interesse entgegenzubringen. Wenn dieses Projekt verwirklicht würde, so hätte auch Kamerun drei große Überlandbahnen, wie sie auch Ostafrika anstrebt, nämlich eine Nordbahn, die Bahn nach dem Manengubagebirge, die später nach Adamaua weitergeführt werden soll, eine Zentralbahn von Duala nach Edea und Widimenge am Njong, die im Bau ist und wohl einmal ostwärts weitergebaut werden dürfte, endlich die oben erwähnte Südbahn. Wegen der Rentabilität und der guten wirtschaftlichen Wirkungen dieser Bahnen braucht uns in Kamerun nicht bange zu sein.

Wenn es der Gouverneur versteht, seine Politik von Rechenbergschen Ideen freizuhalten, und es ihm gelingt, für ein besseres Verhältnis zwischen Beamten, Pflanzern und Kaufleuten zu sorgen (namentlich in Südkamerun, wo zum Teil merkwürdige Zustände herrschen sollen), so werden wir an Kamerun schon Freude erleben. Augenblicklich soll zwischen Gouverneur und Interessenten volles Einvernehmen herrschen. Hoffentlich bleibt's dabei. Denn in dieser Beziehung bildet Kamerun neben Togo jetzt eine erfreuliche Ausnahme.

Übel sieht's dafür auf Samoa aus. Ein zuverlässiger amtlicher Bericht über die dortigen Vorgänge ist immer noch nicht eingegangen, und das läßt tief blicken. Nach den zahlreichen privaten Berichten, die vorliegen, scheint dort die Karre gründlich verfahren zu sein. Die skandalösen Vorgänge, von denen wir in frühern Nummern erzählten, können offenbar nicht abgeleugnet werden, und es dürfte Zeit sein, daß der Komödie ein Ende gemacht wird. Das heißt wenn man die Einbuße in Betracht zieht, die das Ansehen des Deutschen Reichs bei den Eingebornen erlitten hat, so ist es schon mehr ein Trauerspiel. Es scheint uns, daß sich die Kolonialverwaltung bei ihrer Bereitwilligkeit, in der Südsee einen Gouverneur zu opfern, etwas in der Gegend geirrt hat.

Die Vorgänge in Neugutnea sind nicht halb so schlimm, denn sie sind wieder gutzumachen. Wie aber die Folgen Soltscher Eingebornenpolitik repariert werden sollen, ist schwer zu sagen. Es ist immer eine bedauerliche Tatsache, wenn nach langjähriger Dienstzeit ein Beamter in leitender Stellung von seinem Posten ent-

fernt werden soll, und man soll sich zweimal besinnen, bis man zu diesem Mittel greift. In Samoa hat man sich zu lange besonnen. Schon vor einer Reihe von Jahren gab es böse Konflikte auf Samoa, und man wußte schon lange, daß Dr. Solz nur durch allzugroße Nachgiebigkeit den Eingebornen gegenüber den Frieden aufrecht erhielt. Wirtschaftlich ist dabei so gut wie nichts erreicht worden.

Dagegen hat Dr. Hahl in Neuguinea all die Jahre in Friede und Eintracht mit den Ansiedlern gewirkt. Erst der neue Kurs, der von ihm die Herauswirtschaftung erhöhter Einnahmen verlangte und ihm den volkswirtschaftlich ganz unhaltbaren Zolltarif aufzwang, hat das schöne Verhältnis gestört. Der Konflikt hat zwar allzuschärfe Formen angenommen und sogar zu einem Beleidigungsprozeß gegen Mitglieder des Gouvernementsrats geführt, mit dem der Gouverneur gründlich absiel. Aber es will uns nicht in den Kopf, daß darüber der altbewährte Gouverneur stolpern soll. In der Sache des Zolltarifs wird die heimische Kolonialverwaltung nachgeben müssen, denn das Auskunftsmittel, das man gefunden hat, um den Ansiedlern der Mund zu stopfen, ist zu durchsichtig. Der Norddeutsche Lloyd mußte zum Ausgleich des famosen Ausfuhrzolls auf Kopra die Frachten ermäßigen und — bekommt seinen Ausfall auf dem Wege der Dampfersubvention wieder. Aber im Etat für Neuguinea stehen höhere Einnahmen, und man denkt wohl, es tut der Schönheit dieses Faktums keinen Eintrag, wenn man mit der linken Hand auf Umwegen wiedergibt, was man mit der rechten Hand genommen hat. Wir nehmen aber an, daß der Reichstag anderer Ansicht ist. Solche Etatschönheiten sind mit einem unnötigen Gouverneurwechsel und Verstimmung und Schädigung unsrer Landsleute draußen doch zu teuer bezahlt. Wir glauben sogar, daß die Kolonialverwaltung sehr gut daran tut, schleunigst gutzumachen, was noch gutzumachen ist und mit dem unüberlegten Zolltarif den Konflikt, an dem sie letzten Endes schuld ist, zu beseitigen. Dann wird sich leicht ein Modus finden lassen, um den Gouverneurwechsel zu verhindern.

Viel Erfreuliches war es demnach auch diesmal wieder nicht, was wir von den Kolonien berichten konnten. Überall in kolonialen Kreisen Mißvergnügen über die Hemmungen einer verfehlten Eingebornen- und Siedlungspolitik. Den einzigen Hoffnungsschimmer bietet die Erkundungsreise des Herrn von Lindequist, deren Ergebnisse hoffentlich eine Wendung herbeiführen werden. Vielleicht, das möchte man wünschen, spürt man schon bei der Beratung des Schutzgebietsetatsgesetzes nach den Ferien ein Einlenken. In verschiedner Richtung würde sich hierzu Gelegenheit bieten.

Rudolf Wagner

Wilhelm von Dranten. Anlässlich der Enthüllung des vom Kaiser in Wiesbaden gestifteten Denkmals des Begründers der niederländischen Freiheit hat der unsern Lesern durch seine Serbetstudien bekannte Professor Th. Schneider ein schönes Lebensbild des großen Schweigers entworfen: „Wer war Wilhelmus von Nassauen?“ (Im Selbstverlage des Verfassers zu Wiesbaden.) Er erzählt darin, daß die Ermordung des Draniers eine ganz natürliche Wirkung der vom spanischen Könige verhängten Acht gewesen ist, und daß der Mörder die Hinrichtungsart ertrug standhaft ertragen hat, „weil ihn ein Jesuit in Trier und ein Franziskaner in Tournay gelehrt hatten, er verrichte mit seinem Mord ein Gott wohlgefälliges Werk“. Das hat dem Verfasser Angriffe von der Kölnischen Volkszeitung und von der Rheinischen Volkszeitung eingetragen. Seine ganz ruhig und objektiv gehaltene Rechtfertigung hat keines der beiden katholischen Blätter aufgenommen, er veröffentlicht sie deshalb in der Wiesbadener Zeitung (3. Beilage zu Nr. 508).

C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig